

»DIE UNGLÜCKLICHE ZERRISSENHEIT DER ARBEITERBEWEGUNG« – DIE THÜRINGER SPD UND GEWERKSCHAFTEN ZWISCHEN EUPHORIE UND FRUSTRATION 1923/24

Der ehemalige KPD-Vorsitzende Paul Levi, der 1921 wieder in die USPD und ein Jahr später in die SPD zurückkehrte, äußerte sich wenige Tage nach der gerade entstandenen Arbeiterregierung in Thüringen in der SPD-Zeitung *Gothaer Volksfreund* euphorisch:

»... In Thüringen und Sachsen habe das Proletariat jene Synthese begriffen, um die wir uns im Reich vergeblich bemüht haben ... Das Proletariat hat da verstanden, im Staate und neben ihm starke Machtpositionen sich zu verschaffen, und wir glauben, ein Gang durch unsere Mitgliedschaften in jenen Teilen Deutschlands wird jeden, der sehen will, belehren, dass dort ein anderer Geist weht. Dort hat ein seltenes Staats- und Machtgefühl Einzug gehalten in unseren Reihen. Dort lernen unsere Genossen täglich, was es ist, Staat zu sein, und nur aus dieser Umkehrung der psychologischen Verhältnisse ist jene bourgeoise Jammer aus Sachsen und Thüringen zu begreifen ...«¹²⁸

Levi gehörte zum linken Flügel der SPD. Dass die Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen entstehen konnten, lag vor allem an dem starken linken Flügel der SPD, der nicht nur offen die Reichs-SPD für ihre Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien kritisierte, sondern – wenn auch mit Bedenken – für eine gemeinsame Politik mit der KPD offen war. Dies brachte Thüringen stets in Konflikt mit der Reichspartei. Die Voraussetzungen für eine starke Ausprägung des linken Flügels in bestimmten Regionen Deutschlands wurde von Dietmar Klenke¹²⁹ schon 1989 herausgearbeitet. Dazu gehörte eine Konzentration der verarbeitenden mittelständischen Industrie, ein hoher Anteil der Arbeiterschaft in der Bevölkerung, eine schnelle und frühe Industrialisierung und eine lange Tradition der SPD, damit ein hoher Organisationsgrad der Arbeiterschaft und zunehmende Wahlerfolge. Die Arbeiterhochburgen waren keine Zentren des

¹²⁸ *Gothaer Volksfreund* vom 19.10.1923.

¹²⁹ Klenke, Dietmar: *Die SPD-Linke in der Weimarer Republik. Eine Untersuchung zu den regionalen organisatorischen Grundlagen und zur politischen Praxis und Theoriebildung des linken Flügels der SPD in den Jahren 1922–1932*. Münster 1989.

Katholizismus. In protestantischen Zentren wurde die Kirche als Unterstützer des die Arbeiterschaft unterdrückenden Staates wahrgenommen. Damit gab es eine starke Kirchenaustrittsbewegung und Organisierung in der freireligiösen/freidenkerischen Bewegung. Nach Klenke war ebenso ein diskriminierendes Wahlrecht Voraussetzung für die Entwicklung eines starken linken Flügels in der SPD. Letzteres gab es in Gesamtdeutschland und wird nicht einer der Hauptfaktoren gewesen sein. Hinzu kam noch die Einstellung des Bürgertums und der Herzöge. Waren diese bereit, auf Forderungen oder Anträge der SPD in den herzoglichen Landtagen einzugehen, war das Konfliktpotential geringer. In Thüringen kann am Beispiel Gotha¹³⁰ diese Entwicklung der SPD besonders gut beobachtet werden. Hier liegen zumindest bis Ende 1920 relativ ausführliche Untersuchungen zur Flügelentwicklung der SPD und USPD vor.¹³¹ Die Stadt, in der 1875 der Vereinigungsparteitag zwischen dem ADAV und der SAP stattfand, wies alle oben genannten Voraussetzungen auf. Der führende Gothaer Wilhelm Bock gehörte zu den sozialdemokratischen Pionieren Thüringens. Er war maßgeblich am Erstarken der Partei im Raum Gotha/Arnstadt und darüber hinaus verantwortlich und als Reichstagsmitglied und Alterspräsident des Reichstages auch noch in der Zeit der Weimarer Republik tätig. Dabei war die SPD in Gotha zunächst eher dem Bernstein'schen Revisionismus zugehörig, und Bock galt im herzoglichen Landtag als schon »fast bürgerlich«. Er war darauf bedacht, parlamentarisch und im Rahmen der herrschenden Gesetze Veränderungen zu bewirken. Eine Haupteigenschaft, die in der späteren USPD ein Grundmerkmal werden sollte, war dabei aber Bocks Bereitschaft, innerparteiliche Diskussionen zuzulassen und die Flügel der Partei gleichberechtigt auch in der Verteilung der Funktionen auftreten zu lassen.

¹³⁰ Das Beispiel Gotha eignet sich zur weiteren Analyse und zum Vergleich, weil hier eine Hochburg der USPD in Thüringen war, die Flügel der Partei zumindest für den Anfang der 1920er-Jahre bereits intensiv beforscht wurden und in Gotha ähnliche Mechanismen wirkten, wie in der Thüringer Landespolitik. Zu beachten ist, dass viele Politiker aus dem Gothaer Raum der DDP, DVP und der USPD/SPD/KPD führend in den Parteien des Thüringer Landtages tätig waren wie z.B. Hermann Brill (USPD/SPD), Georg Witzmann (DVP), Albin Tenner (KPD), Otto Geithner (KPD) und Hermann Anders Krüger (DDP). Alle hatten zuvor im Gothaer Landtag bereits die späteren Kämpfe des Thüringer Landtages ausgefochten. Die Fronten waren bereits verhärtet. Hinzu kommt, dass an Gotha auch die Stimmung der Basis der Arbeiterschaft relativ gut erfassbar ist, was für die Analyse von 1923/24 wichtig erscheint.

¹³¹ Beginnend mit Buchsbaum, Ewald: Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung von 1914 bis 1920. Unter besonderer Berücksichtigung von der Entstehung und Entwicklung des linken revolutionären Flügels der USPD bis zu dessen Vereinigung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands im Dezember 1920. Halle 1965 (DDR-Literatur); danach Krause, Hartfrid: USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Studien zur Gesellschaftstheorie Frankfurt/Main, Köln 1975, ders.: Die USPD 1917-1931, Spaltungen und Einheit. Münster 2021. Zuletzt: Slivi, Judy: Bruderkrieg in Gotha. Die Verteidigung der Demokratie im März 1920. Bad Langensalza 2021.

Dagegen war in Gotha nicht nur, wie oft in der Literatur beschrieben, ein außerordentlich liberales Bürgertum anzutreffen. Freilich hatte das Herzogtum ein liberales Vereins- und Versammlungsrecht, das die Parteitage des 19. Jahrhunderts ermöglichte. Das linksliberale Bürgertum machte sich politisch bemerkbar: So bestand hier etwa während des Ersten Weltkrieges die größte und aktivste Ortsgruppe der *Deutschen Friedensgesellschaft*. Allerdings gab es spätestens mit dem Einzug des Herzogs Carl Eduard und einigen bürgerlichen Rechten bereits um die Jahrhundertwende eine starke Opposition gegen die lokale SPD. Der Herzog war Mitglied im *Verein zur Abwehr der Sozialdemokratie* und zutiefst »patriotisch«, später offen rechtsradikal eingestellt. Er gehörte während der Zeit der Weimarer Republik vaterländischen Verbänden an und unterstützte die politische Morde verübende rechtsradikale *Organisation Consul*. Dem folgten Teile des antiliberalen obrigkeitstaatlich orientierten Bürgertums. In diesem aufnahmebereiten Kreis verbreitete etwa der Geograph Paul Langhans, der beim prominenten Perthes-Verlag angestellt war, rassistisches, antisemitisches und rechtsradikales Denken. Er war Mitgründer des *Deutschbundes*, in dessen Reichsverband er eine führende Position einnahm und die Zeitschrift *Der Antisemit* herausgab. Damit erreichte er auch seine Kollegen im Verlag, z. B. den jungen Hermann Haak, und war darüber hinaus in vielen bürgerlichen Vereinen aktiv. Langhans wird in der NS-Zeit eine »Rassebücherei« in Gotha aufbauen, wie sie sonst nur in einem vergleichbarem Umfang in München und Berlin zu finden war. Die Gothaer Sozialdemokratie hatte sich bereits im 19. Jahrhundert sehr klar und explizit gegen Antisemitismus positioniert.¹³² So wundert es nicht, dass jener Teil des Bürgertums und der Herzog es nicht nur »schmerzlich« empfanden, dass in ihrer Stadt die kriegsablehnende USPD gegründet wurde. Diese »Vaterlandsverräter« waren fortan zunehmend Hauptfeind des Bürgertums und galten als »Beispiel« für das, was nach Meinung des Bürgertums eine »Arbeiterregierung anrichten konnte«. Die USPD erhielt bei den Wahlen zum ersten demokratisch gewählten Gothaer Landesparlament im Februar 1919 eine absolute Mehrheit – ein Novum und einzigartig in Thüringen und Deutschland. In der USPD-Fraktion war bis 1920 der rechte Flügel mit sieben der zehn Sitze dominant. Die Gründe hierfür lagen vor allem in Differenzen zwischen Stadt- und Landrepräsentanten und auch in den Unterschieden zwischen den Generationen. Während das Land vor allem

¹³² Zum Beispiel äußerten sich bei einer Versammlung des Schneiderverbandes am 20.01.1896 in Gotha führende Sozialdemokraten gegen Antisemitismus. Stadtarchiv Gotha: 1.1./12274.

Politiker des rechten Flügels wählte, war in der Stadt der linke Flügel stark. Gehörnten die Politikerinnen und Politiker des linken Flügels eher der Generation Geithner (geb. 1870) und jünger an, waren die des rechten Flügels älter (es handelte sich zumeist um Parteiveteranen, Ausnahme ist hier der junge Hermann Brill). Der rechte Flügel der USPD trat dabei für den Parlamentarismus ein, oder wie Emil Grabow, einer der drei Volksbeauftragten und Realpolitiker für Gotha feststellte: »Wir wollen alles auf dem gesetzlichen Wege erreichen.«¹³³

Die Gothaer Regierung bzw. auch zuvor schon der Arbeiter- und Soldatenrat begannen bereits ab November 1918 das Programm der USPD und jahrzehntealte Forderungen der SPD stringent umzusetzen: Der Acht-Stunden-Arbeitstag wurde hier erstmals in Deutschland per Gesetz eingeführt, die Trennung von Staat und Kirche in die Wege geleitet, bessere Bildungsmöglichkeiten der unteren Schichten geschaffen usw. In Gotha wurde all das Gesetz, was die spätere sozialdemokratische Thüringer Regierung ab 1920 umsetzen sollte, nur eben schon um einiges früher. Und die bürgerliche Reaktion war die gleiche. Bei der Abschaffung von religiösen Feiern und Gebeten in der Schule sowie von einigen religiösen Feiertagen, kam es zum bürgerlichen Aufschrei und zu einem regelrechten Kulturkampf, der sich in Demonstrationen und öffentlichkeitswirksamen Einsprüchen äußerte. Der von Paul Levi benannte »bourgeoise Jammer« setzte mit allen Mitteln ein, auch weil die alten Eliten ihren früheren dominanten Einfluss *peu á peu* verloren. Die ehemaligen Honoratioren verfielen in klassische »Denkmuster«. Wenn ein für sie unlösbares Problem auftauchte, riefen sie die Obrigkeit an. Adressat war in vorrevolutionären Zeiten der Herzog, jetzt waren es Reichsregierung, Reichsminister, Reichskanzler oder der Befehlshaber der Reichswehr, die bereitwillig antworteten und Möglichkeiten suchten, die demokratisch gewählten Arbeiterregierungen einzuschränken und zu beseitigen, um so den Mehrheitswillen und letztlich die Demokratie auszuhebeln. Gotha wurde fortan stets mit Ausnahmezuständen und Reichswehrbesetzungen traktiert, immer auch, wenn es Gesamtthüringen betraf – als eines der ersten Gebiete. Bereits Anfang 1919 marschieren die Reichswehrtruppen unter Führung von General Maercker ein, obwohl die Entwaffnung der Arbeiterwehr, die nach der Novemberrevolution

¹³³ Emil Grabow wird in der Literatur oft dem linken Flügel der USPD zugeordnet. Mehrere Hinweise deuten aber daraufhin, dass er realpolitisch handelte und eher ein Vermittler zwischen den Flügeln in diesem Zeitraum war. Nach dem Kapp-Putsch sollte er, wie viele andere auch, in die KPD eintreten und sich von seinen früheren Überzeugungen abwenden. Slivi 2021. S. 6, 9, 18, 20–21.

geschaffen worden war, bereits vollzogen war. Ein Jahr später kam es in Folge des Kapp-Putsches zu den blutigsten Kämpfen in Thüringen. Die Gothaer USPD-Landesregierung folgte zunächst dem Aufruf zum Generalstreik, und in der Stadt blieb es ruhig. Das änderte sich mit dem Einmarsch der Reichswehr unter Major Walter Heims, der sich zu Kapp bekannte und die demokratisch gewählte Regierung absetzen wollte. Die Situation eskalierte, als die Reichswehr in eine unbewaffnete Menge schoss, 127 Menschen starben bei den anschließenden mehrtägigen Kämpfen in der mittelgroßen Stadt. Zwar gab es in den Reihen der Arbeiterschaft auch militante linksradikale Kräfte, doch wirkte die USPD-Regierung stets beschwichtigend ein. Das Gros der Arbeiterschaft, bestehend aus Mitgliedern aller Arbeiterparteien und Parteilosen in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, trat für den Erhalt der Republik ein. In der Wahrnehmung der Mehrheit der Aktivisten gab es die realistische Perspektive, dass man in Gotha mit der USPD-Regierung das Bestmögliche für die Arbeiterschaft erreicht hatte und den meisten wohl klar war, dass eine Revolution von dem kleinen Thüringer Städtchen ausgehend wohl kaum möglich war. Die Ortsgruppe der KPD hatte sich zudem wegen innerparteilichen Streits zu diesem Zeitpunkt aufgelöst und bestand eher ideell aus bestenfalls 20 Mitgliedern. Nach den Kämpfen wurden, wie überall, vor allem die beteiligten Arbeiter hart bestraft. Die von bürgerlichen Marburger Studenten verübten Morde von Mechterstädt blieben straffrei. Übrigens wurde die Erschießung der 15 Arbeiter bei Mechterstädt, die deutschlandweite Aufmerksamkeit erregte und ein Trauma der Thüringer Arbeiterschaft war, von dem DVP-Fraktionsführer im Thüringer Landtag Georg Witzmann aus Gotha noch in seinen Erinnerungen 1958 als gerechtfertigt im Sinne der Aufrechterhaltung von »Ruhe und Ordnung« angesehen.¹³⁴ Hinzu kam, dass der führende Gothaer MSPD-Politiker Franz Büchel die Politiker der bürgerlichen Parteien im Kampf gegen die USPD-Landesregierung unterstützte. So verhandelte er nach dem Ende der Kämpfe mit der putschfreundlichen DNVP und der Reichswehr in Erfurt, während die USPD mit DDP und MSPD in Weimar eine Kooperation suchte. Die Politik der Reichsregierung und des sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert wurde gerade von den Unabhängigen Sozialdemokraten bestenfalls als ungerecht empfunden, wenn nicht als fatal und die Gefahren für die weitere Demokratisierung der Weimarer Republik nicht ernst nehmend. Das führte zu einer weit verbreiteten Verbitterung in der politisch engagierten Arbeiterschaft und im Herbst 1920 zum Übertritt

¹³⁴ Witzmann, Georg: Thüringen 1918–1923, Erinnerungen eines Politikers. Meisenheim am Glan 1958, 24.

nahezu der gesamten Ortsgruppe der USPD zur KPD. Eine Dialog- oder Verhandlungsbereitschaft zwischen den Arbeiterparteien und dem politisch organisiertem Bürgertum bestand folgerichtig in den darauffolgenden Jahren in der Gothaer Politik nahezu nicht mehr.

Vergegenwärtigen wir uns die Einschätzung Paul Levis und dessen Wahrnehmung der Thüringer Sozialdemokraten und Gewerkschaften von 1923/24. Levi sprach von einem »anderen Geist«, einem »seltenen Staats- und Machtgefühl« und der »Umkehrung der psychologischen Verhältnisse«. Mit der Wahl zum 1. Thüringer Landtag 1920 erhielten USPD und SPD die meisten Stimmen im Land. Daraus folgte zunächst noch eine Koalition von SPD und DDP unter Tolerierung der USPD. Der maßgebliche Erfolg dieser Regierung war die Vereinigung der ehemaligen Herzogtümer zum Land Thüringen. Im 2. Thüringer Landtag fand sich eine Minderheitsregierung von SPD/USPD unter Tolerierung der KPD zusammen, die in den folgenden zwei Jahren harte reformorientierte Sacharbeit leistete. In der Bildungspolitik vollzog sie die Trennung von Kirche und Schule, veranlasste die Entfernung monarchistischer Symbole aus den Schulen, brachte die Abschaffung der kaiserlichen militaristischen Bildungsinhalte voran, beschloss die Akademisierung der Volksschullehrerausbildung und die Einführung der Einheitsschule, um die Bildungschancen der ländlichen und städtischen Unterschichten zu verbessern. Nach den Erfahrungen der vorangegangenen Jahre sollten auf dem Gebiet der Verwaltung und Polizei vor allem eine Demokratisierung stattfinden und republiktreue Beamte eingestellt werden.

Das »seltene Staats- und Machtgefühl«, von dem Levi schreibt, bezieht sich auf die jahrzehntelangen Erfahrungen des Kaiserreichs. Zähe Kämpfe um die Rechte der Arbeiterschaft, um den Ausbau der Sozialversicherung, des Koalitions- und Wahlrechts wurden stets vom Bürgertum und Adel ausgebremst. Im Ersten Weltkrieg wurde sowohl die Meinungsfreiheit nahezu abgeschafft, Kritiker des Kaiserreichs und seiner Kriegspolitik überwacht, inhaftiert oder zur Maßregelung an die Front geschickt. Die Arbeiterbewegung war nahezu nicht mehr handlungsfähig. Das änderte sich mit der Novemberrevolution 1918, die der russischen Oktoberrevolution von 1917 kaum ähnelte. Mit der neuen Republik gewannen die Arbeiter und die Frauen die Möglichkeit, nicht nur frei und gleich zu wählen, sondern mit demokratischen Mehrheiten auch viele Reformen umzusetzen, für die sie seit Jahrzehnten gestritten hatten. Die Ergebnisse der Novemberrevolution

wurden mit der Zeit fragil und waren vor allem nicht weitreichend. Im Fall der koalierenden Thüringer Arbeiterparteien schuf das Jahr 1921 ein neues Selbstbewusstsein, nicht nur, aber auch gegenüber der SPD im Reich.

Die sozialdemokratische Landesregierung konnte zwei Jahre auf die Tolerierung der KPD zählen. Das änderte sich erst 1923. Februar 1923 konnte ein Misstrauensantrag der bürgerlichen Landtagsfraktionen noch abgewehrt werden. Im Juni 1923 stellte dann die KPD einen ebensolchen Antrag, zog diesen dann aber doch zurück. Am 11. September 1923 wurde die SPD-Regierung dann doch durch Misstrauensantrag mit Hilfe der KPD gestürzt. Einen Tag später hieß es im *Gothaer Volksfreund* frustriert:

»... Die Kommunisten haben es vollbracht. Dank ihrer Unterstützung des Bürgertums und der Faschisten wurde die Thüringer sozialistische Regierung gestürzt ... Was sich in Weimar gestern zutrug, war ein Skandal für die Arbeiterbewegung. Jedem, der es ernst mit dem Proletariat meint, musste es tiefinnerst weh tun, wie die kommunistischen Wortführer, Schulmeister Tenner [Albin Tenner], mit lächelnder Miene seine Giftpfeile schleuderte. Sämtliche bürgerliche Abgeordnete, von den Demokraten bis zu den Deutschvölkischen schwiegen sich aus. Nur ab und zu drückten sie den kommunistischen Rednern durch Zwischenrufe ihre Zustimmung aus ...«¹³⁵

Vor der Bildung der Arbeiterregierung

Die Thüringer SPD befand sich nach eigenen Worten seit geraumer Zeit in einem »Zweifrontenkrieg«. Zwei Jahre musste die Regierung sich gegen die Angriffe der bürgerlichen Parteien wehren. Seit Mai 1923 hatte man sich um eine Verständigung mit der KPD bemüht, die an den von Moskau und der Zentrale in Berlin gegebenen Vorgaben scheiterte. Dieser »verschärfte Bruderkampf« zerriss die Arbeiterbewegung. In den nachfolgenden Tagen und Wochen nach dem 11. September verwies die SPD dabei immer wieder auf ihre Erfolge: die freiheitliche Selbstverwaltung der Gemeinden, eine moderne Erziehung, öffentliche Wohlfahrtspflege, gemeinschaftliche Ausnutzung der Energiequellen des Landes, seiner Forsten und Domänen und die weitgehende Anwendung des Begnadigungsrechts, gedacht als Eindämmung der »Auswüchse der Justiz«. Um der großen Not

¹³⁵ *Gothaer Volksfreund*, 12.09.1923.

der unteren Schichten entgegenzuwirken, hatte die Landesregierung immer wieder die Reichsregierung aufgefordert, den Ruhrkampf zu beenden und stattdessen Erwerblose, Sozial- und Kleinrentner zu unterstützen. Der SPD in Thüringen war aber klar, dass, obwohl die Kommunisten die Regierung gestürzt hatten, eine Regierung im Sinne der von ihr vertretenen Arbeiterinteressen nur durch eine Koalition mit der KPD möglich war. Dabei gab es durchaus Meinungsverschiedenheiten in der SPD. Der rechte Flügel lehnte eine Koalition mit der KPD rundweg ab. Bei der Parteilinken war die Situation komplizierter. Die Hochburgen der ehemaligen USPD, die zum großen Teil später dem linken Flügel der SPD zuzuordnen sind, befanden sich vor allem in Gera, Eisenach, Greiz, Schleiz, Sondershausen und Arnstadt. In Eisenach war im Landkreis der Anteil des rechten und linken Flügels der SPD ungefähr gleich anzutreffen. Der rechte Flügel war vor allem in Jena, Altenburg, Apolda, Meiningen, Sonneberg, Rudolstadt und Saalfeld beheimatet.¹³⁶ Altenburg vermittelte zwischen den Flügeln.¹³⁷ Gleichwohl stellte die Altenburger SPD zum Thema gemeinsame Arbeiterregierung von SPD und KPD in diesen Tagen fest, dass »diese Partei [die KPD] zumindest ihre Führer nicht bündnisfähig sind«, dennoch darf »eine Regierung, in der die Kommunisten nicht sitzen, nicht das Ziel der Verhandlungen sein«¹³⁸. Ambivalenter könnte man es nicht ausdrücken. Am 18. September 1923 veröffentlichte dann die SPD ein Programm zur Neubildung der Thüringer Regierung.¹³⁹ Die SPD befand sich dabei mit 22 Sitzen im Thüringer Landtag im Vergleich zu sechs KPD-Mandaten in der scheinbar besseren Verhandlungsposition und trat demnach auch selbstbewusst auf. Immerhin wusste sie laut der letzten Wahl, dass von vier Arbeiterwählern drei auf ihrer Seite und nur einer auf Seiten der KPD war.¹⁴⁰ Die KPD hatte Anfang 1923 243 Ortsvereine mit rund 15 150 Mitgliedern, die SPD dagegen 485 Ortsvereine mit rund 38 900 Mitgliedern. Die KPD überwog in Städten wie Gotha, Zella-Mehlis, Suhl, Erfurt, Arnstadt und Jena. Die Hochburgen der SPD befanden sich in Altenburg, Gera, Greiz, Schleiz, Saalfeld und Nordhausen.¹⁴¹

¹³⁶ Die Zuordnung nach den Wahlergebnissen erfolgt unter Vorsicht, denn nähere Untersuchungen fehlen in den Städten. Müller, Johannes (Hrsg.): Vierteljahresberichte des Thüringischen Statistischen Landesamtes in Weimar, Jg. 1, 1922, Heft 3, S. 79.

¹³⁷ Klenke 1989: S. 193–209.

¹³⁸ Gothaer Volksfreund, 13.09.1923. Hier auch die Übersicht der Stimmen der Sozialdemokraten aus Thüringen.

¹³⁹ Gothaer Volksfreund, 18.09.1923.

¹⁴⁰ Gothaer Volksfreund, 25.09.1923.

¹⁴¹ Wörfel, Erhard: Die Arbeiterregierung in Thüringen im Jahre 1923. Beiträge zur Geschichte Thüringens. Erfurt 1974, S. 11 (DDR-Literatur).

Das von der SPD vorgelegte Regierungsprogramm enthielt mehrere Essentials, die zwischen KPD und SPD strittig waren. Zum einen bestand die SPD auf die »Sicherung der republikanischen Staatsform als dringlichste Aufgabe«, zum anderen wollte sie eine »republikanische Notwehr schaffen, die von der Regierung bei Bedarf zur Unterstützung des Exekutivorgans herangezogen werden kann«. Die gemeinsame Verwendung für den Fall der Gefahr, also dem Einmarsch rechtsradikaler Truppen über Thüringen und Sachsen nach Berlin, sollte von den Bezirksleitungen der SPD und KPD vereinbart werden. Außerdem sollte die von der KPD vehement geforderten Kontrollausschüsse zur Lebensmittelüberwachung und -verteilung durch Gewerkschaften, Kleinhändler- und Bauernorganisationen den Gemeinden unterstellt sein. Zudem wurde dort ein parlamentarischer Arbeitsausschuss gefordert, der beim Eintritt der KPD in die Regierung, alle Entwürfe vor Einbringung ins Parlament und Anfragen und Interpellationen beraten sollte. Dies war ein Instrument, um die wohlbekannte KPD-Strategie einzuschränken, die darin bestand, die SPD öffentlich anzugreifen und Maßnahmen nur unter KPD-Bedingungen zu akzeptieren. Die KPD ihrerseits bestand dagegen auf die Einberufung eines Betriebsrätekongresses und auf außerparlamentarische Ausschüsse, welche die Arbeit der Regierung laufend kontrollieren sollten. Bei den Kontrollausschüssen wollte die KPD weitergehende Befugnisse. Gerade die letzten Punkte »Kontrolle der parlamentarischen Arbeit« und »Kontrollausschüsse mit Exekutivgewalt« (Beschlagnahme von Lebensmitteln usw.) widersprachen nach Auffassung der SPD der Verfassung der Weimarer Republik und waren demnach schwerlich umsetzbar. Die Bildung gemeinsamer Hundertschaften als paramilitärische Abwehrorganisationen gegen rechts begrüßte die KPD. Allerdings wäre es für sie in Anbetracht der eigenen Vorbereitungen von Aufstandsplänen vorteilhafter gewesen, diese Hundertschaften einer geringeren staatlichen Kontrolle zu unterwerfen als es die SPD zugestand. Sie konnte sich hier allerdings nicht durchsetzen. Die SPD bestand darauf, die republikanische Notwehr unter Regierungskontrolle zu stellen. Örtlich sollte sie nur nach Aufforderung und Befehl der Polizeieinheiten handeln. Die bisherigen gemeinsamen Hundertschaften funktionierten nach der Einschätzung der SPD-Landesfunktionäre nur bedingt. Die meisten scheiterten aus dieser Perspektive und bis zu diesem Zeitpunkt nach kurzer Zeit an heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Parteimitgliedern vor Ort.¹⁴² Das sollte sich zumindest in der Euphorie der Bildung der Arbei-

¹⁴² Gothaer Volksfreund, 18.09.1923.

terregierung in einigen Orten kurzfristig ändern, darauf kommen wir unten noch zurück.

Die Gewerkschaften im Windschatten der Regierungsbildung

Der von der KPD geforderte Betriebsrätekongress wurde von den *Freien Gewerkschaften* (ADGB, AfA und ADB) prinzipiell abgelehnt, worauf sich in den nachfolgenden Koalitionsverhandlungen die SPD auch immer berief: Ohne Gewerkschaften kein Betriebsrätekongress. Die Freien Gewerkschaften hatten nach 1918 ihre Mitgliederstärke verdreifacht und waren so, wenn auch in der Inflation Mitgliederverluste eingesetzt hatten, ein maßgeblicher Faktor in der Arbeiterbewegung. Die Mehrzahl der Thüringer Fabrikarbeiter war im ADGB organisiert. Zum ADGB-Bezirk Großthüringen gehörten auch Teile Preußens, z. B. Erfurt. Ende 1922 gab es 106 Ortsausschüsse mit 1009 angeschlossenen Gewerkschaften und 254 143 Mitgliedern im Bezirk Thüringen. Damit übertraf die Mitgliedschaft der Gewerkschaften die der Parteien um ein weites. Die stärksten Verbände im ADGB Thüringen waren der *Deutsche Metallarbeiterverband* (DMV) und der *Textilarbeiterverband*. Allein von den 2 612 Betriebsräten waren 1 975 im DMV organisiert.¹⁴³ Der Vorsitzende des ADGB Thüringen war Karl Hartmann, des AfA-Bezirkskartells Thüringen Richard Horn und des ADB-Landesausschusses Thüringen Dr. Weinland. Karl Hartmann wurde später von 1924 bis 1933 Abgeordneter der SPD im Thüringer Landtag. Er war 1922 von der USPD in die Partei zurückgekehrt, gehörte also wahrscheinlich eher zur Parteilinken.¹⁴⁴ Die Freien Gewerkschaften vereinigten sozialdemokratische, sozialistische, kommunistische und politisch ungebundene Arbeiter. Sie befanden sich in Konkurrenz zu den christlichen und liberalen Gewerkschaften, die dem Zentrum oder der DDP nahestanden.

Im Stinnes-Legien-Abkommen gelang es dem ADGB im November 1918 den Acht-Stunden-Arbeitstag bei vollem Lohnausgleich und kollektive Tarifverträge zu verankern. Es kam zur Gründung einer *Zentralarbeitsgemeinschaft* (ZAG), die je zur Hälfte aus Gewerkschaftern und Arbeitgebern

¹⁴³ Wörfel 1974: S. 13.

¹⁴⁴ Lengemann, Jochen: *Thüringische Landesparlamente 1919–1952, Biographisches Handbuch, Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Thüringen. Große Reihe Band 1,4. Köln/Weimar/Wien 2014. S. 310–311.*

bestand. Ihre Aufgabe war es, die Umsetzung des Abkommens zu überwachen bzw. Streit zu schlichten. Allerdings wurden diese Errungenschaften schon bald ausgehebelt. Insbesondere im wirtschaftlichen Krisenjahr 1923 galt es, die Erfolge der Revolution gegen die Offensive des Kapitals zu verteidigen. Die Gewerkschaften beschäftigten sich so im September in ihren Konferenzen auch weitestgehend mit Wirtschaftsfragen, weniger mit Landespolitik. Am 30. September 1923 etwa fand im Volkshaus Weimar eine Konferenz der Ortsausschüsse Thüringens und der angrenzenden Wirtschaftsgebiete statt. Deren Tagesordnung beinhaltete Fragen der Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Arbeitnehmer und die Gestaltung der örtlichen Zusammenarbeit von ADGB, aFA und ADB. Auf der Konferenz wurde zwar über Politik gesprochen, allerdings bezogen sich die gefassten Beschlüsse lediglich auf wirtschaftliche und Arbeitnehmerfragen. Die Freien Gewerkschaften empfanden bisweilen ebenso den »Zweifrontenkrieg«. Einerseits mit den Unternehmen und ihren Vertretern, andererseits unternahm die KPD mit der Gründung von Betriebszellen den Versuch, Gewerkschaftsmitglieder von ihren meist sozialdemokratischen Funktionären zu isolieren, auf ihre Seite zu ziehen – und das alles gepaart mit scharfer Rhetorik und »unbesonnenen« und wenig abgestimmten Aktionen jenseits oder quer zur beschlossenen Gewerkschaftsstrategie.

In der sozialdemokratischen Presse findet man selten Äußerungen der Gewerkschaften zur Landespolitik. Am 28. September 1923 allerdings wurden die Gewerkschaften gezwungen, sich zur KPD zu äußern. Die KPD hatte einen offenen Brief an die Gewerkschaften veröffentlicht. Hier erhob sie in Form eines befristeten Ultimatums die Forderung, dass die Gewerkschaften zusammen mit der KPD eine proletarische Rettungsaktion zu organisieren hätten, um dem »drohenden Angriff der faschistischen Formationen gegen das deutsche Proletariat entgegenzutreten«. Die KPD hatte den »offenen Brief« allerdings zuerst in ihrer Presse abgedruckt und erst dann den Gewerkschaftsbundsvorständen übergeben. Die bisherige Gewerkschaftspolitik wurde darin durch die KPD massiv angegriffen, was ADGB, aFA und ADB nachvollziehbar deuteten, dass sie »kein ehrliches Bündnis« mit den Gewerkschaften wollte. Die Gewerkschaften positionierten sich aus eigener Überzeugung nachdrücklich:

»[...] Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften sind fest entschlossen, den gegenrevolutionären, reichs- und arbeiterfeindlichen Organisationen der Faschisten mit allen gewerkschaftlichen Mitteln entgegenzutreten, wenn sie es wagen

sollten, den bewaffneten Kampf gegen die deutsche Republik und das deutsche Proletariat zu eröffnen [...]«¹⁴⁵

Die Gewerkschaften argumentierten, dass »unter den Trümmern der deutschen Republik die Grundlagen der wirtschaftlichen und sozialen Demokratie zu begraben« das Ziel der Faschisten sei. Für sie stand im Vordergrund, dass »die Beseitigung der Rechte und Freiheiten der deutschen Arbeitnehmer und die Errichtung einer kapitalistisch-militärischen Diktatur, unter der die Arbeiter, Angestellten und Beamten aller erworbenen Rechte beraubt und zu vollkommener Ohnmacht verurteilt sein würden«, aufgehalten werden müsse. Allerdings wäre es:

»[...] ein Wahnwitz der Kommunistischen Partei zuliebe, zur Unzeit einen politischen Generalstreik zu entfesseln. Das dann entstehende Chaos böte den Faschisten willkommene Gelegenheit, ihren Aufmarsch gegen die Republik durchzuführen. Die Gefahr, die es zu beschwören gilt, würde erst provoziert. Es gilt in diesem Kampf, die in den Gewerkschaften verkörperte Macht des deutschen Proletariats geschlossen dort einzusetzen, wo der Gegner den Angriff wagt. In diesem Kampf sind die Gewerkschaften die Verbündeten der deutschen Republik und müssen es sein. Wie sie im letzten Jahr für die Autorität des Staates als Vertreter der Gesamtheit gegen den Eigennutz der Wirtschaft gekämpft haben, so müssen sie jetzt für den Staat gegen die Reichs- und Arbeiterfeinde kämpfen. Wenn die Republik zusammenstürzt, ist das Schicksal der Arbeitnehmerschaft besiegelt [...] Darum erwarten die Spitzenorganisationen von allen Arbeitern, Angestellten und Beamten, dass sie sich nicht von der trügerischen Parole der Kommunistischen Partei zu unbesonnenen Aktionen hinreißen und sich nicht als Schrittmacher der Gegenrevolution missbrauchen lassen [...]«¹⁴⁶

Noch am selben Tag erschienen Anzeigen mit einem Aufruf der Regierung, der vor »Gerüchten« und »unüberlegten Handlungen« warnte und stattdessen dazu aufrief, »ruhige und klare Überlegenheit« zu bewahren und »in allen Lagen streng den Weisungen der durch Verfassung und Gesetz berufenen Behörden des Reichs und des Landes zu folgen«. Die Gewerkschaften wurden immer dann »kämpferischer« oder zumindest handlungsbereiter, wenn eine breite Basis von relevanten Mitgliedern und Funktionären in Bewegung geriet. Sie forderten dann aber auch stets den

¹⁴⁵ Gothaer Volksfreund, 28.09.1923.

¹⁴⁶ Ebenda.

Anweisungen der Spitzenorganisationen zu folgen, sonst »Niemandem« (also nicht der KPD). So hieß es am 5. Oktober 1923:

»[...] Arbeiter, Angestellte und Beamte! Erkennt die Gefahr! Jetzt ist nicht die Zeit, in euren eigenen Reihen politische Gegensätze auszutragen und eure Kräfte zu zersplittern [...] Die Gewerkschaften sind entschlossen, den Kampf um euer Recht zu führen – wenn es sein muss, auch mit den äußersten Mitteln, über deren Anwendung jedoch niemand anders als die zentrale Leitung der Gewerkschaften entscheiden darf. Arbeiter, Angestellte, Beamte! Befolgt ausschließlich die Weisung der Spitzenorganisationen. Haltet Disziplin! Nieder mit den Feinden der Arbeiterklasse! Es lebe die deutsche Republik! [...]«¹⁴⁷

Große Koalition in Berlin und Linksregierung in Weimar

In Bezug auf die sich anbahnende große Koalition in Berlin, fand die Thüringer SPD klare Worte: »Es gibt nur eine Losung ›Opposition, nicht Koalition! Opposition in und außerhalb des Parlaments.« Sie forderte von der Reichs-SPD darüber hinaus den »Schutz der sozialdemokratischen Landesregierungen in Sachsen und Thüringen«.¹⁴⁸ Zu diesem Zeitpunkt vollzog die KPD-Zentrale einen Strategiewechsel und beschloss den Eintritt in die Regierungen in Sachsen und Thüringen. Die Bildung der Arbeiterregierung in Sachsen wurde auch in und für Thüringen als »Ereignis von historischer Bedeutung« gesehen. Kurze Zeit später, am 16. Oktober 1923, folgte Thüringen. Spätestens ab diesem Zeitpunkt war die Arbeiterbewegung, vor allem auch an der Basis euphorisiert. Damit werde der Arbeiterklasse »aus dem Herzen gesprochen« und die »neugebildete thüringische Regierung ist eine Regierung der republikanischen und proletarischen Verteidigung zur Abwehr der ungeheuren Gefahren«. Gemeint war sowohl der Aufmarsch der Faschisten an der Grenze zu Bayern, als auch die Bekämpfung der sozialen Krisenfolgen. Der *Gothaer Volksfreund* und damit die sozialdemokratische Führung vermeldeten am 13. Oktober 1923 allerdings noch verhalten und ahnend:

¹⁴⁷ *Gothaer Volksfreund*, 05.10.1923.

¹⁴⁸ *Gothaer Volksfreund*, 06.10.1923.

»[...] Wir freuen uns über die Einigung zwischen den beiden proletarischen Parteien in der Thüringer Regierungsfrage und hoffen, dass sie einen Schritt auf dem Wege zur Verbrüderung der gesamten Arbeiterorganisationen bedeutet. Jetzt wird es sich zeigen müssen, ob hinter dem kommunistischen Schlagwort von der Schaffung der proletarischen Einheitsfront ehrliche Absichten verborgen sind oder aber diese Einigung in Thüringen und Sachsen auch nur ein taktisches Manöver gegen die Sozialdemokratie ist [...].«¹⁴⁹

Und weiter:

»[...] Die sozialistisch-kommunistischen Regierungen Thüringen-Sachsen können eine geschichtliche Episode sein. Bei den bisherigen Verhalten der Kommunisten ist das leider nur zu leicht möglich. Aber die proletarischen Regierungen Mitteldeutschlands können auch ein Anfang, eine nie wieder auszulöschende geschichtliche Tat werden. Wir wollen das sehnlichst wünschen [...].«¹⁵⁰

KPD und SPD beschlossen im Oktober 1923 gemeinsame Kundgebungen, auf denen je ein Redner der Parteien sprechen sollte. Hier zeigen sich die unterschiedlichen Reaktionen vor Ort. So sollten in Gotha Karl Korsch (KPD) und Hermann Brill (SPD) sprechen. Brill konnte auf Grund seiner Funktion im Innenministerium angesichts der brisanten Situation nicht wie vorgesehen teilnehmen, aber seine Genossen Henkel und Diebach sprachen im überfüllten Saal. Am 25. Oktober sollte eine gemeinsame Kundgebung in Sondershausen im Schützenhaus stattfinden. Angesichts 6 000 erscheinener Arbeiter musste die Veranstaltung im Freien stattfinden, der Saal war schlicht zu klein. Es sprachen der Sozialdemokrat Schoppe und der Kommunist Becke. Der Sozialdemokrat Stegmann stellte klar: »Der Reichsregierung kann nur zugerufen werden, spannt den Bogen nicht zu stramm.« Man erwartete »ein inniges Zusammenarbeiten im Interesse des werktätigen Volkes«. In Sondershausen riefen beide (!) örtliche Parteiorganisationen ihre Vorstände und den ADGB auf, für den Generalstreik zu votieren.¹⁵¹ In Stadtilm wollten ähnlich wie in Gotha die Ortsvereine der Freien Gewerkschaften, der KPD und SPD einen Generalstreik durchführen, wenn die Spitzenorganisationen dazu aufriefen. In Suhl kam eine vergleichbare Gemeinsamkeit dagegen nicht zustande. Der führende Kommunist Guido Heym widersetzte sich der Anweisung der Bezirksleitung

¹⁴⁹ Gothaer Volksfreund, 13.10.1923.

¹⁵⁰ Gothaer Volksfreund, 17.10.1923.

¹⁵¹ Gothaer Volksfreund, 27.10.1923.

und ging weiter mit scharfer Agitation gegen die Sozialdemokraten im Ort vor.¹⁵² Die Einheitsfront wurde also nicht überall gleichermaßen begrüßt und vor allem gelebt. Aber an vielen Orten in Thüringen wurde das Zusammengehen der Arbeiterparteien und die Arbeiterregierung euphorisch von der Basis gefeiert. Die Basis der KPD konnte in großen Teilen freilich noch nichts von den Aufstandsplänen ihrer Führung wissen. Anzunehmen ist, dass auch viele Kommunisten des rechten Flügels von dieser Idee nicht begeistert gewesen waren, die zu unrealistisch erschien. Gerade in Gotha hatte man im Kapp-Putsch erfahren, was die Reaktion der Reichswehr bewirken konnte und war hier vorsichtiger geworden. Bereits in der Märzaktion 1921 kam es zu keinen allzu großen Aktionen.

In der Nacht vom 20. zum 21. Oktober 1923 wurden führende Kommunisten und Sozialdemokraten in Erfurt, Suhl und Langensalza verhaftet. Die SPD war in Teilen noch ahnungslos und vermutete, dass »es sich bei den Behauptungen über kommunistische Absichten um starke Übertreibungen handelte«. Sie forderte, dass »Links und Rechts gleichmäßig behandelt werden«. Weiter hieß es: »Verhaftet man Kommunisten, weil man von dieser Seite einen Putsch befürchtet, so ist es einfach unverständlich, dass die Hakenkreuzler ihre Wühlarbeit ungehindert fortsetzen können.« Es traf aber auch parteilose und sozialdemokratische Arbeiter. Auch der Landtagspräsident Hermann Leber (SPD) wurde kurzzeitig inhaftiert. Die SPD forderte die sofortige Freilassung der Schutzhäftlinge. In dieser angespannten Situation meldeten sich die Gewerkschaften in Form eines Aufrufes wieder zu Wort:

»[...] Die bisherige Haltung der Reichsregierung gegen den Ordnungsstaat Bayern berechtigt nicht zu der Auffassung, dass sie mit derselben Energie gegen die bayrischen Hochverräter vorgehen wird, wie es zweifellos gegen die auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehenden Regierungen Sachsens und Thüringens der Fall ist [...] Mit Hilfe des Belagerungszustandes will man ungehindert die Arbeiterschaft der verfassungsmäßigen Rechte berauben, die beiden Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen beseitigen, und damit das letzte Bollwerk gegen Faschismus und Versklavung zertrümmern. Das darf die gesamte deutsche Arbeitnehmerschaft nicht zulassen! Thüringen und Sachsen bedarf der gesamten Unterstützung der Arbeiterschaft Deutschlands. Wir erwarten von den freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen im Reiche, dass sie in vollster

¹⁵² Gothaer Volksfreund, 20.10.1923.

Erkenntnis der Gefährlichkeit der Situation mit allen gewerkschaftlichen Machtmitteln auf die sofortige Beseitigung des Ausnahmezustandes hinwirkt, die Entwicklung der Dinge mit der schärfsten Aufmerksamkeit verfolgt, und zur gegebenen Zeit die gesamte Arbeitnehmerschaft zum Kampfe aufruft [...].«¹⁵³

Dabei sollte die republikanische Verfassung verteidigt werden wie auch die Rechte der Arbeiter, aber ausdrücklich nicht durch unbedachte Einzelaktionen. In Thüringen scheinen die Freien Gewerkschaften die Arbeiterregierung unterstützt zu haben. Anders als in Sachsen, wo die offene Ablehnung vorherrschte, die später im »Sachsenkonflikt« 1926 (siehe unten) zwischen der linken SPD und den Gewerkschaften weiter eskalierten.¹⁵⁴

Die 1. Tagung des außerparlamentarischen Ausschusses Thüringen, der aus je drei Vertretern von KPD und SPD, je zwei Vertretern aus den Industriebetrieben (bestimmt von den beiden Parteien) und je einem Vertreter von ADGB, AFA und ADB bestand, stellte erneut fest und bestätigte, dass man »geschlossen mit allen Kampfmitteln des Proletariats den Generalstreik durchführen würde, dabei aber unbedingt den Anweisungen der Spitzenorganisationen zu folgen sei«. Bei einer angesetzten 2. Tagung erschienen die Vertreter der Freien Gewerkschaften und der SPD nicht mehr. Damit war die Gemeinsamkeit beendet.

Die Gothaer Arbeiterschaft scheint den unter Vorbehalt beschlossenen Generalstreikaufruf ernst genommen zu haben, denn auf einer Betriebsräteversammlung am 24. Oktober wurde beschlossen, »sich keinesfalls durch irgendwelche Vorkommnisse provozieren zu lassen«, »die Arbeiter über die Lage aufzuklären« und auf »den Aufruf der Organisationen zum Kampf zu warten«. In der Stadt hatte sich ein Aktionsausschuss bestehend aus SPD, KPD und den Ortsausschüssen des ADGB, des AFA, dem ADB und dem Zentralrat der Betriebsräte gegründet. Die »proletarische Einheitsfront unter Wahrung der vollständigen Selbstständigkeit der einzelnen Organisationen unter Vermeidung des Bruderkampfes« war hergestellt. Ausdrücklich wurde auf die »Gefahr für die Republik« und die »Verteidigung der sozialpolitischen Rechte« hingewiesen.¹⁵⁵ Nach dem Kapp-Putsch und dem KPD-Übertritt nahezu der gesamten USPD-Ortsgruppe Herbst 1920 scheint es zwischen SPD und KPD in Gotha wieder zu einer Annäherung

¹⁵³ Gothaer Volksfreund, 24.10.1923.

¹⁵⁴ Klenke 1989: S. 185–193.

¹⁵⁵ Gothaer Volksfreund, 25.10.1923.

gekommen zu sein. Die Gründe lagen wohl darin, dass Franz Büchel vom rechten Flügel der SPD Gotha verlassen hatte und mit der Wiedervereinigung der restlichen USPD mit der SPD 1922 deren linker Flügel wieder erstarkt war. Ferner tendierte der Ortsverein der KPD zu den Einheitsfrontprotagonisten in der Reichsführung der KPD um August Thalheimer und Heinrich Brandler. Das wird in der Folgezeit immer mehr deutlich. Besonders »ältere Funktionäre« und langjährige Mitglieder scheinen mit der linksradikalen Wende der KPD nach dem Scheitern des »Deutschen Oktober« nicht mehr einverstanden gewesen zu sein. Der Ortsverein wehrte sich mitunter gegen die Anweisungen der Thüringer Bezirksleitung, und in der Folge mehrten sich die zermürenden Aussprachen. Spätestens mit der Übernahme des KPD-Vorsitzes durch Ernst Thälmann wurden einstige Linientreue wie Albin Tenner aus der Partei ausgeschlossen. Dem Ortsverein wurde oft vorgeworfen, dass noch zu viele »sozialdemokratische Auffassungen« vorhanden seien, die »Bolschewisierung« nur unzureichend vollzogen war. Zurecht: die Mitarbeit in den Parlamenten war für Teile der Gothaer KPD eine sinnvolle Option und die Unterstützung wenig aussichtsreicher revolutionärer Aktionsformen eher nicht gewollt.¹⁵⁶

Am 5. November marschierten die Reichswehrverbände in Thüringen ein. Unter dem Vorwand, man wolle die Grenze zu Bayern sichern, besetzten diese Truppen aber besonders die »roten Hochburgen« wie wieder einmal Gotha und Umgebung sowie Südthüringen. Zahlreiche Verhaftungen folgten, u. a. nicht nur von Kommunisten, sondern auch von parteilosen und sozialdemokratischen Arbeitern und Beamten. Dabei ging die Reichswehr oft so brutal vor, sodass ein Arbeiter ernüchert feststellte: »Es ist wirklich schwer, sich als republikanischer Arbeiter zu bekennen.«¹⁵⁷ Am 2. November hatten die Thüringer Freien Gewerkschaften die Idee des Generalstreiks verworfen, nicht nur vor dem Hintergrund, dass die Arbeiter hungerten, es viele Arbeitslose gab, Kurzarbeit und Verdienstrückgang die Widerstandskraft geschwächt hätten. Die »Generalstreikspareole« fand in den übrigen Gewerkschaftsrichtungen sowieso keine Unterstützung und würde die Organisationen in eine verhängnisvolle Katastrophe stürzen. Die Arbeiterschaft würde in einen »Abgrund der Not getrieben«, ohne »der Sache der Republik zu nützen«. Die Vorstände der Spitzenverbände lehnten den Generalstreik ab. Die afa bekräftigte in Übereinstimmung mit ADGB

¹⁵⁶ Bundesarchiv Berlin: NY 4047/6, S. 31.

¹⁵⁷ Gothaer Volksfreund, 16.11.1923.

und ADB, dass das Ermächtigungsgesetz die soziale Schutzgesetzgebung abgebaut hätte. Es sei »ungerecht, die Gewerkschaften immer wieder für die Haltung der politischen Parteien verantwortlich zu machen« und die »Gewerkschaften hätten keinen unmittelbaren Einfluss auf die Entscheidungen der Parlamente«. Man wollte sich »Methoden und Taktik nicht von der einen, noch von der anderen politischen Partei diktieren lassen«. Der AFA-Bund wollte »künftig seine volle Unabhängigkeit gegenüber den politischen Parteien und jeder Regierung aufrechterhalten«. ¹⁵⁸ Damit war dem Konzept der Arbeiterregierung, das sich auf die breite Unterstützung der proletarischen Massen und ihrer Organisationen hätte stützen müssen, zunächst einmal der Boden entzogen. Der lange Kampf um Autonomie (das meinte immer stärkere Unabhängigkeit von den Beschlüssen des sozialdemokratischen Parteivorstands) hatte damit einen weiteren Schritt voran getan. Inwieweit dies das abwartende Verhalten der Gewerkschaften zehn Jahre später unter gänzlich anderen Konstellationen mit erklärt, kann hier nicht abschließend erörtert werden.

Nach der Reichsexekution: Ein Hauch von Militärdiktatur

Am 12. November 1923 traten die drei Regierungsmitglieder der KPD zurück. Zu diesem Zeitpunkt hätte der Reichswehr Einhalt geboten werden müssen, da der Grund des Einmarschs beseitigt war. General Hasse begann nun allerdings, noch mehr die vollziehende Gewalt an sich zu ziehen. Er ließ sozialdemokratische Gemeindevorsteher, Polizeibeamte, Verwaltungsfachleute und Lehrer aus ihren Ämtern entfernen. Er verordnete, dass evangelische Schüler am Buß- und Betttag der Schule fernbleiben konnten. Die *Ostthüringer Tribüne*, Parteiblatt des linken Flügels der SPD, wurde zu den »verfolgtesten Blättern«, wohl nicht nur, weil es z. B. die Reichswehr in Thüringen mit den französischen Truppen bei der Ruhrbesetzung verglich.

Am 7. Dezember trat der leitende Staatsminister August Frölich zurück. Sieben Tage später wurde der Landtag aufgelöst. Die Regierung führte die Geschäfte bis zur Neuwahl und Bildung der Ordnungsbundregierung im Februar 1924 kommissarisch weiter. Der Wahlkampf wurde, wie die SPD

¹⁵⁸ Gothaer Volksfreund, 02.11.1923.

schon im September 1923 befürchtete, »hart und schwer«. Die KPD verfiel erneut auf ihre altbekannte Agitation gegen die Sozialdemokratie. Aus dem bürgerlichen Lager hagelte es Verleumdungen, Warnungen vor der »roten Gefahr« und Verunglimpfungen der bisherigen Politik. Der Kulturkampf wurde erbittert weitergeführt. Die bürgerlichen Parteien warnten vor der »Entsittlichung« der Schulen, »man wolle dem Volk die Religion nehmen und die Jugend in Gottlosigkeit erziehen«. ¹⁵⁹ Zudem wurde der Wahlkampf auch vom weiter bestehenden Ausnahmezustand eingeschränkt. Durch das Willkürregime der Reichswehr bestärkt, kam es zum eigenmächtigen und rechtswidrigen Handeln von örtlichen Verwaltungen und Beamten. In Schwerborn wurde eine Versammlung der SPD verboten, Flugblätter in Großdedstedt wollte der örtliche Gendarm noch einmal vorgelegt haben, obwohl sie von der Reichswehr freigegeben worden waren. Die Angriffe auf die Freien Gewerkschaften von allen Seiten wurden derweil verstärkt fortgesetzt, sodass sich der ADGB zur Äußerung genötigt sah:

»[...] Mit Hilfe der straff zusammengesetzten Kräfte der Gewerkschaften können und müssen derartige Attentate der Kapitalsprotzen abgewehrt werden. [Es ging um den weiteren Abbau der Arbeitnehmerrechte.] Ob das die kommunistischen Zellenbauer auch erkennen? Wenn ja, dann Schluss mit der Zellenbauerei, Schluss mit der kommunistischen Parteipropaganda in den Gewerkschaften! [...]« ¹⁶⁰

Am 10. Februar 1924 fand die Wahl zum 3. Thüringer Landtag statt. Der *Thüringer Ordnungsbund* verfehlte knapp die Mehrheit und war fortan auf die Tolerierung der rechtsradikalen *Vereinigten Völkischen Liste* angewiesen. Erstmals in Deutschland ließ sich eine bürgerliche Regierung durch Rechtsradikale unterstützen. Für die SPD hatten nur noch rund 23 Prozent der Wähler gestimmt: ein enormer Verlust (1921 waren es zusammen mit der USPD nahezu 42 %). Wie frustrierend das Ergebnis war, zeigen die Äußerungen in der Presse. Die Niederlage wurde dort verglichen mit den Reichstagswahlen von 1878, 1887 und 1907. 1878 war die Sozialdemokratie unter dem ungerechtfertigten Vorwurf, einer der Ihren hätte ein Attentat auf den Kaiser verübt, starken Repressionen ausgesetzt, die zum Sozialistengesetz führten. Es folgte die massive staatliche Verfolgung. Unter diesen Bedingungen fand auch die Wahl 1887 statt. Der Wahlkampf von 1907 wurde

¹⁵⁹ Gothaer Volksfreund, 04.02.1924.

¹⁶⁰ Gothaer Volksfreund, 05.02.1924.

von den nationalistischen Kreisen mit unbeschreiblicher Härte und Hetze geführt. Hauptstreitpunkt war die Haltung der SPD gegen eine Erhöhung der Militärausgaben und die Kolonialpolitik Deutschlands. In der 1924er-Analyse der massiven Stimmverluste wurden zwei Aspekte hervorgehoben, die damals wie heute in ihrer Erklärungskraft eher banal bzw. nichtssagend wirken. Nach dem *Gothaer Volksfreund* könnte ein Teil der Wähler an der »Politik der Partei irre geworden sein«, das meinte die Reichs-SPD. Ein anderer Teil der Wähler hatte wohl mehr »Zutrauen in andere Parteien gefunden«. Die SPD-Landesregierung musste Gesetze und Verordnungen der bürgerlichen Reichspolitik umsetzen. Wenn dem nicht so gewesen wäre, wären die Entschlüsse anders ausgefallen. In den Bereichen der Landespolitik, auf die sie Einfluss hatte, hatte die SPD unzweifelhaft weitreichende und moderne Reformen gegen alle Widerstände angestoßen. Die Stimmverluste der SPD kamen insbesondere der KPD, aber auch bürgerlichen Parteien zugute. Wahrscheinlich war, dass ein Teil der ehemaligen USPD-Wähler die Vereinigung mit der SPD 1922 nicht goutierten. Es war die erste Wahl nach der Vereinigung. Möglicherweise wandten sich ebenfalls die den rechten Sozialdemokraten zugeneigten Wähler ab. Der Ordnungsblock konnte offensichtlich zudem viele Nichtwähler mobilisieren.¹⁶¹ Was auf eine gesteigerte rechte Mobilisierung hindeutet. Der Niederlage der Arbeiterparteien im Spätherbst 1923 folgte kein mobilisierendes »Trotz alledem«, sondern eine verbreitete Resignation und das Wiederaufleben der gegenseitigen Schuldzuweisungen.

Warum keine große Koalition in Thüringen?

Warum kam es nicht zu einer großen Koalition in Thüringen wie in Sachsen? Dies hatte mehrere Gründe. Zum einen waren die Fronten zwischen den Parteien in Thüringen extrem verhärtet. Eine große Koalition war in Thüringen »nach so einem ausschließlich gegen die Sozialdemokratie geführten Wahlkampf überhaupt undenkbar«.¹⁶² Die starke Polarisierung zwischen bürgerlichen und Arbeiterparteien im 2. Thüringer Landtag, die im Bereich der Schulpolitik zum Kulturkampf geworden war, machte eine Verständigung unmöglich. Im Kern ging es den bürgerlichen Interessengruppen um die Verhinderung einer fortschrittlichen sozialdemokrati-

¹⁶¹ *Gothaer Volksfreund*, 14.02.1924 und 15.02.1924.

¹⁶² *Gothaer Volksfreund*, 13.02.1924.

schen Bildungspolitik, die ihren gesellschaftlichen Elitestatus infrage stellte. Das Bürgertum war angesichts der Gefährdung dieser Positionen durch eine sozialdemokratische Reformpolitik nicht bereit für eine große Koalition. Viele der führenden Politiker im Thüringer Landtag kamen zumal aus der Gothaer Region, wo sie seit 1919 bereits die gleichen Kämpfe regional führten und diese später auf der Landesebene fortsetzten. Hermann Brill (SPD) war Staatsrat der Landesregierung und Ministerialdirektor im Thüringischen Ministerium des Innern, hier für die Polizei- und die politische Abteilung verantwortlich. Albin Tenner war Mitglied in der Bezirksleitung der KPD und kurze Zeit Wirtschaftsminister. Georg Witzmann war Vorsitzender der DVP-Fraktion und Hermann Anders Krüger Vorsitzender der DDP-Fraktion. Alle kamen aus der Gothaer Politik.

Zum anderen lehnte der linke Flügel der Sozialdemokraten die Idee der großen Koalition als »ein für das Proletariat unerträgliches Experiment« ab. Schon im Oktober hatte man dort den Austritt aus der Regierung Stresemann als »eine absolute Notwendigkeit« gefordert. Es folgte die Aufforderung, in den Parteiorganisationen in diesem Sinne »intensivste Tätigkeit« zu entfalten. Das ging in manchen Orten soweit, dass der linke Flügel der SPD den Ausschluss des Reichspräsidenten Friedrich Ebert aus der Partei forderte, so in Berlin und Leipzig. In Thüringen folgte diesem Anliegen z. B. der kleine Ortsverein in Arnstadt.¹⁶³ Die Thüringer SPD stand diesbezüglich gegen die mehrheitlich rechte Reichs-SPD. Der *Gothaer Volksfreund* brachte es resignierend auf den Punkt:

»[...] Als Sozialdemokraten haben die Parteigenossen in der Reichsregierung sicher nicht gehandelt, als sie es duldeten, dass die Reichsexekutive gegen Sachsen einsetzte. Sie haben wieder einmal die vermeintlichen Staatsinteressen über die Interessen der Arbeiterklasse gestellt und damit der letzteren einen Bärendienst erwiesen. Die große Koalition erforderte es keineswegs, dass sich die sozialdemokratischen Minister den Diktaturgelüsten Stresemanns und Geßlers fügten. Rückgratfeste Sozialdemokraten hätten den Mut gefunden, sich zu wehren [...]«¹⁶⁴

Die SPD-Fraktion im Reichstag war keineswegs geschlossen bezüglich des Eintritts in die große Koalition. Sie lehnte allerdings die Zusammenarbeit mit der KPD ab, weil sie diese für verfassungsfeindlich und putschistisch

¹⁶³ *Gothaer Volksfreund*, 08.11.1923.

¹⁶⁴ *Gothaer Volksfreund*, 31.10.1923.

hielt. Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien war in der Perspektive der Parteilinken allenfalls dazu geeignet, »Erreichtes zu bewahren«, anstatt »reformpolitisch vorzupreschen«. ¹⁶⁵ Im Gegensatz zu Sachsen waren die Mehrheitsverhältnisse im bürgerlichen Lager Thüringens auch wenig erbaulich. Die DDP war deutlich schwächer als im Nachbarland. Eine Koalition mit der DVP, die einen aggressiven Wahlkampf geführt und den Ausnahmezustand in Thüringen befürwortet hatte, war undenkbar. Dennoch gab es eine Minderheit in der SPD in Jena, die eine Koalition befürwortete und die Arbeiterregierung mit der KPD generell als Fehler sah. Während demgegenüber die meisten Ortsvereine in Ostthüringen den Grund für das Scheitern der Arbeiterregierung in der Politik der Reichs-SPD sahen. Wenig verwunderlich lehnten diese auch stets die Koalition mit den bürgerlichen Parteien ab. ¹⁶⁶

Während die Führung der Thüringer SPD stärker Rücksicht auf die Stimmung an der Parteibasis und den Wählermilieus, die eine Arbeiterregierung bevorzugten, Rücksicht nehmen musste, sah dies auf der anderen Seite des linken Spektrums, der KPD, schon ganz anders aus: Die »sozialdemokratischen Elemente« in der KPD, wie Sinowjew in einer Rede feststellte, wollten die Mitarbeit in den Parlamenten. ¹⁶⁷ Diese galt es nun als Ergebnis des misslungenen Deutschen Oktober auszuschalten. Die Sozialdemokraten hofften bzw. glaubten, dass es mit der Zeit eventuell gelungen wäre, einige Kommunisten wieder auf ihre Seite zu ziehen. Die Thüringer SPD wollte ihre sozialdemokratische Reformpolitik. Die Mehrheitsverhältnisse erlaubten dies nur mit der KPD. Dabei war die SPD in Thüringen nicht »blauäugig«. Sie hatte die antisozialdemokratische Agitation der KPD jahrelang selbst erfahren und auch den Sturz ihrer Regierung im September 1923 mit Hilfe der KPD erlebt. Sie war sich bewusst, dass die Führung der Thüringer KPD Weisungen der Berliner Zentrale, wenn nicht Befehlen aus Moskau folgte und die Zusammenarbeit nicht zuverlässig sein würde. Dennoch war die Hoffnung vorhanden, für die Arbeiterschaft »Geschichte zu schreiben« und die langersehnte »Einheit der Arbeiterklasse« wiederherzustellen. Eine Einheit, die im Milieu der proletarischen Subkultur vielfach ja noch vorhanden war. Eine eher linksliberale Koalition der SPD mit DDP und Zentrum, wie beispielweise in der Nationalversammlung, war unmöglich, da im protestantischen Thüringen das Zentrum für eine Mehrheitsbildung jenseits des Rechtsblocks nicht stark genug war.

¹⁶⁵ Klenke 1989: S. 158.

¹⁶⁶ Ebenda.

¹⁶⁷ Gothaer Volksfreund, 06.02.1924.

Der bürgerliche Ordnungsbund musste für die Tolerierung durch die Völkischen Bedingungen akzeptieren, die für den antisemitischen TLB und die DNVP kein Problem darstellten. Eine der Forderungen war die Absetzung des jüdischen sozialdemokratischen Thüringer Staatsbankpräsidenten Walter Loeb im September 1924. Infolgedessen trat die DDP aus der Regierung aus. Die Völkischen forderten auch immer wieder, dass die Thüringer Regierung gegen die Politik der Reichsregierung im Reichsrat auftreten sollte. Das betraf die Stimmenthaltung bei der Abstimmung zum Dawes-Plan und 1925 die Auseinandersetzungen um den Locarno-Pakt. Der Dawes-Plan regulierte die Reparationszahlungen Deutschlands an die Entente, und der Locarno-Pakt beschloss die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, bei Anerkennung der Gebietsverluste im Ersten Weltkrieg. Die rechten Parteien lehnten dies vehement ab, weil sie die Schuld am Ersten Weltkrieg verneinten, Versailles ablehnten und revisionistische Ziele ihre Programmatik und Propaganda bestimmten. Die Völkischen forderten hier von der DVP Thüringen, dass sie gegen die Politik ihrer Partei im Reich auftreten sollte. Als weitere Zugeständnisse erpressten sie die Aufhebung des Verbots der NSDAP und die Durchführung des ersten reichsweiten NSDAP-Parteitages 1926 in Weimar. In dieser Zeit wurde durch die Streichung der Finanzierung auch das Bauhaus aus Weimar vertrieben. Die Ordnungsbundregierung betrieb eine massive Restauration der Verhältnisse. Schon im April 1924 wurde per Notgesetz das dreigliedrige Schulsystem wieder eingeführt. Statt einer kollegialen Schulleitung galt nun wieder das autoritäre Direktorenmodell. Die moderne erziehungswissenschaftliche Fakultät an der Universität Jena wurde geschlossen, die kirchlichen Feiertage wieder eingeführt und die republikanische Personalpolitik rückgängig gemacht. Dies betraf vornehmlich republiktreue Amtsträger, die durch obrigkeitsorientierte Beamte ersetzt wurden.

Die Thüringer SPD blieb angesichts der Mehrheitsverhältnisse fortan in der Opposition. Der linke Flügel war nach wie vor vorherrschend, denn auch nach der Wahl zum 4. Thüringer Landtag wurde eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Es gab einen Beschluss, nicht mit dem TLB zu regieren. Folgerichtig wurde die Kandidatur des Koalitionsbefürworters Arthur Hoffmann (SPD) abgelehnt.¹⁶⁸ Die Thüringer SPD sah sich bestätigt, als 1926 in Sachsen, wo die SPD mit DDP und DVP eine Koalition

¹⁶⁸ Leimbach, Timo: Landtag von Thüringen 1919/20–1933. Düsseldorf 2016. Rudolph, Karsten: Die Thüringer Arbeiterbewegung vom Kaiserreich bis zum Ende der Weimarer Republik, Erfurt 2018.

gebildet hatte, darauf die Parteisplaltung erfolgte. Ministerpräsident Max Heldt (SPD) wurde zusammen mit 23 Abgeordneten März 1926 aus der Partei ausgeschlossen und gründete die *Alte sozialdemokratische Partei Sachsens* (ASPS, später ASPD), die die Koalition fortführte.¹⁶⁹

In Thüringen ergab sich ein wiederkehrendes Patt zwischen proletarischen und bürgerlichen Lager. Letzteres zersplitterte immer weiter. Auch die KPD hatte mit Abspaltungen zu kämpfen. 1931 folgte die Abspaltung der *Sozialistischen Arbeiterpartei* (SAP) von der SPD. Der Thüringer Landtag blieb geprägt von Instabilität und schwieriger Mehrheitsbildung. Nach Timo Leimbachs Ansicht hätte eine starke Persönlichkeit wie der »rote Zar« Otto Braun (SPD) in Preußen oder der »rote Großherzog« Carl Ulrich (SPD) Hessen eventuell die »Probleme« der Thüringer SPD lösen können. Man kann es aber auch so sehen, dass die SPD in Thüringen durch ihren starken linken Flügel nicht zur Aufgabe der programmatischen Klassenorientierung bereit war und die Arbeiterinteressen in wirtschaftlich und politisch schwierigen Zeiten weiter ohne Zugeständnisse vertreten wollte. Außerdem galt nach wie vor der USPD-Grundsatz, dass Diskussionen innerhalb der Partei erlaubt und gewünscht waren und eine »Führungsfigur« diese demokratische Basisorientierung eher konterkariert hätte und damit auch das Alleinstellungsmerkmal gegenüber Kommunisten einerseits und obrigkeitfixierten bürgerlichen Rechtsparteien andererseits verloren wäre. Hinzu kam, dass die politischen Repräsentanten des Bürgertums nach Rechtsaußen nicht nur offen waren, sondern den Hauptgegner in der politischen Linken sahen und so eine Verständigung unmöglich machten. Ein Bürgertum, das nur wenige Monate nach dem Hitler-Ludendorff-Putsch im Herbst 1923 den Pakt mit Rechtsextremen nicht scheute, konnte kein Koalitionspartner für eine selbstbewusste Thüringer SPD und – zumindest nach der Absetzung von Walter Loeb – auch nicht für liberale Demokraten sein.

Thüringen auf dem Weg in die Diktatur

Die bürgerliche Koalition hatte indes durch die Beteiligung der Völkischen und später der NSDAP an der Thüringer Regierung zur Normalisierung rechtsradikaler Programmatik und Kultur beigetragen. Bestenfalls als

¹⁶⁹ Fischer, Thomas: Max Heldt. Große Koalition und SPD-Splaltung (1924–29). In: Schmeitzner, Mike/Wagner, Andreas (Hrsg.): Von Macht und Ohnmacht. Sächsische Ministerpräsidenten im Zeitalter der Extreme 1919–1952, Beucha 2006, S. 182–219.

Illusion erwies sich, dass – wie vom TLB erhofft – die NSDAP in der politischen Verantwortung entweder realpolitischer handeln oder »ihre Unfähigkeit beweisen« würde. Stattdessen gab man den Rechtsradikalen eine Bühne, auf der sie die Erfolge des Regierungshandelns für sich verbuchte, Niederlagen propagandistisch als Schuld der »Anderen« darstellte und immer weitere diskriminierende Maßnahmen durchzusetzen in der Lage war. 1931 stellte der TLB fest:

»[...] wir haben in dem Augenblick, in dem sie [die NSDAP] zur Macht gelangen, mit einer rücksichtslosen nationalsozialistischen Diktatur zu rechnen, in der es ein Recht auf freie und eigene Meinung nicht mehr gibt [...].«¹⁷⁰

Da war es – nicht nur in Thüringen – bereits sehr spät, wenn nicht zu spät. Die bürgerlichen Parteien trugen ihren Teil zum Aufstieg des Nationalsozialismus in Thüringen bei. Indem sie die Rechtsextremen unterschätzten und ihnen Regierungsbeteiligungen ermöglichten, ebneten sie diesen Weg.

Der drohenden Gefahr von rechts stellte die Thüringer SPD am Vorabend der Machtübertragung an Adolf Hitler ein Novum im Parlamentarismus Thüringens entgegen. Sie tolerierte 1931 – entgegen ihrer Grundsätze, nicht mit dem TLB zusammenzuarbeiten – die bürgerlich-rechte Minderheitsregierung unter Erwin Baum (TLB), um die NSDAP auszubremsen. Im März 1931 kam es zum Bruch der rechtsbürgerlich-nationalsozialistischen Baum-Frick-Regierung in Thüringen. Es war die erste Landesregierung in Deutschland, an der die NSDAP beteiligt war. Letztendlich war der Auslöser des Bruchs ein Hetzartikel der NSDAP gegen die DVP im Reich. Die DVP beendete die Zusammenarbeit mit der NSDAP und die SPD stellte Misstrauensanträge gegen die nationalsozialistischen Minister Wilhelm Frick und Willy Marschler. Am 1. April 1931 wurden so durch KPD, SPD, DSTP und DVP die Rücktritte von Frick und Marschler erzwungen. Anschließend tolerierte die SPD das verbliebene Baum-Kabinett unter der Bedingung, dass bestimmte Maßnahmen von Frick aufgehoben werden sollten und ein Untersuchungsausschuss zum Einbürgerungsversuch von Hitler durch Frick eingesetzt werden sollte. Der Bruch der Duldung der Regierung durch die SPD erfolgte bei den Etatberatungen 1932, die nach dem Willen

¹⁷⁰ Dressel, Guido: *Der Thüringer Landbund. Agrarischer Berufsverband als politische Partei in Thüringen 1919–1933. Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen, Heft 12, Weimar 1992, S. 92.*

der bürgerlichen Parteien eine harte Einsparung in den Sozialleistungen bedeuteten. Ein weiterer Streitpunkt war die Besteuerung der Konsumvereine, welche die SPD ablehnte, und die Aufhebung der Mietermächtigung der Regierung. Die Regierung Baum wollte der SPD auch deshalb keine Zugeständnisse machen, weil der Widerspruch der Einzelhandels- und Hausbesitzerverbände erfolgte. Juli 1932 trat die Regierung zurück und Neuwahlen wurden erforderlich. Eine Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie in Thüringen hatte einige Monate Bestand, scheiterte aber – wie auch in der Vergangenheit – an den unüberbrückbaren Differenzen in grundsätzlichen Fragen. Große Teile des Bürgertums entschieden sich anschließend, erneut mit den Nationalsozialisten zu kooperieren, und ebneten damit den Weg zur nationalsozialistischen Diktatur.